

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.00 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Nonpareilzeilen ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 22. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Gefangene der Militärpartei.

Paris, 22. Juli. (WZ.) Die französische Note auf die englische Antwort in der oberschlesischen Frage ist gestern abend durch den französischen Botschafter in London Lord Curzon überreicht worden.

Wie dem „Matin“ mitgeteilt wird, hatte Lord Curzon an dem britischen Standpunkt festgehalten, zuerst die oberschlesische Frage zu regeln und erst dann, wenn es notwendig erscheint, Truppen zu entsenden.

London, 22. Juli (GZ.) Der „New Yorker Herald“ schreibt: Nach Informationen aus guter Quelle teilt auch der italienische Oberkommissar in Oberschlesien diesen Standpunkt, den Lord Curzon und Lloyd George vertreten.

Die Chauvinistenpresse Frankreichs setzt auch weiter ihr sauberes Handwerk fort. Der „Radical“ plaudert bei dieser Gelegenheit aus der Schule. Es sei schon richtig, gesteht er, daß das beste Mittel, das Kabinett Wirth zu stützen, die Zuteilung ganz Oberschlesiens an Deutschland und die Aufhebung der Sanktionen sei.

Die italienische Presse

macht aus ihrer Abneigung gegen die französische Gewaltpolitik kein Hehl. So spricht der „Popolo Romano“ seine Genugtuung darüber aus, daß Italien sich dem Schritt Frankreichs nicht angeschlossen hat.

pathie gewisser Pariser Blätter für Loreta sei bedenklich. Hoffentlich sei Italien nicht durch einen Vertrag an Frankreich gebunden, der stärker sei als der Wille der Regierung.

Was dann?

Briand tritt am Montag seinen Urlaub an. Lloyd George wird ihm in den ersten Tagen des August folgen. Auch das englische Auswärtige Amt kündigt eine Sommerpause an.

Lloyd George sagt, er könne nicht nach Washington gehen, ehe das oberschlesische Problem gelöst ist. Wirth sagt, er könne nicht mit seinem Steuerbulet vor das deutsche Parlament treten, wenn er nicht die gerechte Entscheidung über Oberschlesien in der anderen Hand hält.

Labour Party und Einigkeit.

Ein Gespräch mit Arthur Henderson.

Auf der Durchfahrt nach Kopenhagen, zum dänischen Parteifest, weilten gestern abend die Genossen Henderson und MacDonald aus England und de Broekere und van Roosbroeck aus Belgien in Berlin.

Unser Redaktionsmitglied richtete an den Genossen Henderson die Frage, ob er den Wunsch habe, den deutschen Arbeitern irgendetwas Bestimmtes mitzuteilen, worauf er selber besonderen Wert lege.

Henderson antwortete: „Ja, ich möchte den deutschen Arbeitern vor allem sagen, daß wir in England jede Trennung und jede Zersplitterung in der Arbeiterbewegung für ein großes Unglück halten, daß sie die Einigkeit wollen, die allein unsere Bewegung stark machen kann.“

Das Gespräch kam dann auf das Schreiben, mit dem die Wiener Arbeitsgemeinschaft von ihrer Frankfurter Konferenz aus die Einladung der Labour Party zu einer gemeinsamen Aussprache beantwortet hatte.

„Die Wiener Arbeitsgemeinschaft lehnt eine eigentliche Einigung aus grundsätzlichen Bedenken ab, erklärt sich aber zu unverbindlichen Besprechungen. Die rein informativsten Zweck haben sollen, bereite Selbstverständlichkeit sind auch wir bereit, solche informativsten Besprechungen mit den der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien abzuhalten.“

Pahig in Dänemark verhaftet.

Wie die „Morgenpost“ meldet, wurde der Führer des deutschen U-Bootes 86, Kapitänleutnant Pahig, in Odense verhaftet. Die Festnahme erfolgte, weil Pahig im beraubten Zustand mehrere Damen auf der Straße belästigte.

Dieser Vorfall in Dänemark vervollständigt das Bild, das man sich nach dem Verlauf der Verhandlungen vor dem Leipziger Reichsgericht, denen sich Pahig durch die Flucht entzogen hatte, machen mußte. War seine Flucht dazu angetan, die beiden mitangeklagten Offiziere Dithmar und Boldt wesentlich schwerer zu belasten, als dies bei einer Mitverantwortung des Pahig der Fall gewesen wäre, so zeigt sein weiteres Verhalten in Dänemark, daß auf ihn das Idealbild eines U-Boot-Helden, das gewisse Rechtsblätter von ihm zu entwerfen suchten, äußerst unzutreffend ist.

Bölkerechtlich liegt die Sache folgendermaßen: Die Auslieferung ist ein Akt der internationalen Rechtshilfe, die die europäischen und amerikanischen Staaten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit zwecks bestmöglicher Erschöpfung aller Rechtsgrundzüge miteinander vereinbart haben. Die Auslieferung erfolgt grundsätzlich nur bei gemeinen Verbrechen, sie ist jedoch für politische Delikte so gut wie ausgeschlossen.

Im Falle des Kapitänleutnants Pahig ist die Sachlage nur unter Zugrundelegung der materiellen Straftat zu beurteilen. Der Antrag des Staatsanwalts ging bekanntlich auf Bestrafung der beiden U-Boot-Führer wegen ver-

suchten Mordes; es unterliegt keinem rechtlichen oder tatsächlichen Zweifel, daß ein gleicher oder verschärfter Strafentwurf — vollendeter Mord — gegen Pahig ergangen wäre. Der Hinweis darauf, daß die Verletzung des Lazarett-Schiffs eine Kriegshandlung war, ist unseres Erachtens nicht geeignet, der Verletzung der „Mandovern Castle“ den Charakter eines gemeinen Verbrechens zu nehmen, wie sich denn auch die Begründung des Urteils gegen Dithmar und Boldt nach gleicher Richtung hin ausspricht.

Hierzu verbreitet WZ. folgende Meldung: Nach Drahtmeldungen soll der U-Boot-Kommandant Pahig in Dänemark angeblich wegen einer dort begangenen Polizeibestrafung von der dänischen Polizei verhaftet worden sein. Das Auswärtige Amt hat sofort die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen angewiesen, festzustellen, ob diese Nachricht zutrifft, und beziehendfalls den Auslieferungsantrag anzufordern, der unverzüglich gestellt werden würde.

Bemerkenswert ist hierbei, daß, wie aus dem Wolff-Telegramm hervorgeht, die deutsche Regierung im Fall der Identität des Verhafteten mit Pahig unverzüglich den Auslieferungsantrag stellen würde; die deutsche Regierung legt also ihren beabsichtigten Maßnahmen eine Rechtsauffassung zugrunde, die mit den oben gemachten Ausführungen über die völkerrechtliche Seite der Frage vollkommen übereinstimmt.

Trotz des Friedensvertrages zwischen Faschisten und Kommunisten üben die Faschisten in Italien auch weiterhin ihr übles Handwerk aus. So wurden in Sarzana bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Carabinieri vier Faschisten getötet und einige verwundet.

„Glauben Sie, daß Ihnen in England Neuwahlen noch bevorstehen?“

„Wenn die Verständigungsaktion mit Irland scheitert, können wir in wenigen Wochen soweit sein. Wir wünschen natürlich eine Verständigung, die dem Blutvergießen Einhalt tut, wir wollen für Irland jede Form der Selbständigkeit, die keine neuen militärischen Gefahren schafft, keine Unterdrückung von Minderheiten mit sich bringt.“

„Wie schätzen Sie die Aussichten der Englischen Arbeiterpartei bei diesen Neuwahlen?“

„Wir halten sie für sehr gut. Es handelt sich im Ganzen um rund 700 Kreise, davon 100 irische. Die gehen uns nichts an, die sind Sache der Irischen Arbeiterpartei. Von den rund 600 Wahlkreisen von England, Schottland und Wales werden wir in etwa 500 mit eigenen Kandidaten aufreten. Bei den letzten Wahlen von 1918 kandidierten wir nur in 360 Wahlkreisen. Wir haben insgesamt etwa 22 Millionen Wähler, davon 8-9 Millionen Frauen. Gewerkschaftlich organisiert sind 7 Millionen, dazu kommen die Millionen Frauen, die mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern verheiratet sind, die aber selber nicht im Erwerbsleben stehen, also auch nicht gewerkschaftlich organisiert sind.“

„Glauben Sie, daß der Ausgang des Bergarbeiterstreiks und daß der Lohnabbau die Erfolge der Arbeiterpartei beeinträchtigen könnten?“

„Im Gegenteil! Natürlich werden wirtschaftliche Fragen im Wahlkampf eine überragende Rolle spielen. Aber dabei wird der Blick der Wähler ganz unwillkürlich auf die politischen Fragen gelenkt, weil sie den großen Einfluß des

Staates in diesen Fragen erkennen. Die tiefsten Erfahrungen legen den Arbeitern die Einsicht nahe, daß rein gewerkschaftliche Mittel im Kampf gegen Lohndruck und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen allein nicht mehr ausreichen, und daß dem Stimmgabel in diesem Kampf eine wachsende Bedeutung zukommt.

„Und wie denken Sie über die Aussichten der anderen Parteien, besonders der Aequith-Liberalen? Halten Sie es für möglich, daß in absehbarer Zeit eine Koalition der Arbeiterpartei mit den Linksliberalen die politische Macht ergreift?“

„Ich kenne nur unser eigenes Haus, nicht das der anderen. Was aber die Koalitionspolitik betrifft, davon haben wir genug. Koalitionen bedeuten immer ein Kompromiß. Jetzt wollen wir einmal den nächsten Wahlkampf in voller Selbstständigkeit und Freiheit nach allen Seiten, für unsere Grundsätze, ohne alle Kompromisse führen.“

„Aber wäre es nicht für die ganze Welt bedeutungsvoll, wenn die Englische Arbeiterpartei in der Regierung säße und die inneren, sozialen Verhältnisse wie die äußeren, internationalen in ihrem Geiste beeinflussen könnte?“

„Die Antwort auf diese Frage hängt von der Form der künftigen Regierung ab. Von der Erneuerung des Parlaments durch die Wahlen ist es ganz unmöglich, in dieser Beziehung etwas vorzusagen, oder gar Vorbereitungen in dieser Richtung zu treffen. Jetzt handelt es sich für uns nur darum, so stark zu werden, wie wir können.“

Der Führer der Englischen Arbeiterpartei schloß das Gespräch mit den Worten: „Ich bitte Sie noch einmal, den deutschen Genossen zu sagen, daß wir die einheitsliche, große und starke Internationale wollen, daß wir die Einigkeit der Arbeiter wollen, national und international. Denn dies allein ist, was uns vorwärts bringen kann!“

## Rußlands Hilferuf.

Gerhart Hauptmann hat seinerzeit den telegraphischen Hilferuf Maxim Gorkis sofort der Reichsregierung übermitteln lassen. Diese hat festgestellt, daß Maxim Gorki den Junkeranspruch im Einvernehmen mit der Sowjetregierung erlassen hat. In Moskau hat sich ein Hilfskomitee gebildet, dem auch Vertreter der nichtbolshewikischen Parteien angehören. Im Hungergebiet an der Wolga leben sehr viele ehemalige deutsche Ansiedler, deren Gesamtzahl früher mit 1/2 Millionen angegeben worden ist. Maxim Gorki, dessen Hilferuf Gerhart Hauptmann persönlich beantwortet wird, soll in nächster Zeit in Berlin eintreffen. Die Fühlung mit Sowjetrußland wegen einer Beteiligung Deutschlands an einer Hilfsaktion ist aufgenommen.

## Kritik am Programmwurf.

Demokratie und Diktatur.

Die „Freiheit“ veröffentlicht heute morgen einen langen Leitartikel zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs. Nachdem dieser Entwurf auch schon in der sozialdemokratischen Presse starke Anfechtung erfahren hat, kann man sich vorstellen, daß der Artikel der „Freiheit“ erst recht keine Freundlichkeiten enthält. Er nennt den Entwurf utopisch, systemlos, konfus und meint, seine Annahme wäre vom Standpunkt der Gesamtbewegung schädlich, „weil er die Klust innerhalb des Sozialismus vertieft“.

Zur Frage „Diktatur und Demokratie“ äußert sich die „Freiheit“ folgendermaßen:

Die Ablehnung einer Minderheitsdiktatur ist selbstverständlich, gerade deshalb aber nichtsagend. Wie läßt die Fragestellung, Diktatur oder Demokratie ist, hat Bedeutung erst kürzlich hier ausgeführt. Aber wie steht's denn dann, wenn die Frage historisch und nicht dogmatisch gestellt wird? Haben denn die Rechtssozialisten nicht selbst die Diktatur ausgedacht? Sind denn die Verwandlung der Staatssekretäre Wilhelm II., Eberts und Scheidemanns, in Volksbeauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte auf demokratischem Wege vor sich? Wenn sich Ebert und Scheidemann darauf berufen, daß sie mit größtem Mißtrauen der Diktatur gegenüberstanden und sich darin

## Der Revolutionär.

Von Alfons Fegold.

Josua schaute nach dem Himmel.  
Dort schwebten Sturmwolken legtes noch im Kampfe onmutig  
trogendes Blau weg.

Drohende Finsternis brach in die Gassen ein. Jetzt und jetzt  
konnten Tiere aufbrüllen mit morgeschwellten starken Zähnen, die  
wie drohende Dolche blühen. Häuser stülpen sich ängstlich nach  
vorne. Schon schauerte Dachgeränder aneinander. Darunter hing  
es dumpf nach fauliger Erde zu riechen an.

Wie auf einem Friedhof.  
Josua hemmte den flüchtigen Schritt. Lehnte sich in Muskel  
und Geist ermattet an ein Traufensock. Darin blühte erdiggrünes  
Wasser.

„Auge Gottes — Auge Gottes, du voll Haß und Rache.“  
Mit bleierner Junge lispelte es Josua vor sich hin. Er spähte  
die Gasse hinunter. Von dort mußten sie kommen, fünf oder zehn  
Wachleute mit nackten Säbeln und schußfertigen Revolvern. Dann  
dahinter eine Menge feiges Gefindel: Volk.

Volk, für das er getümpelt mit Eltern, Lehrern, Versammlungs-  
sälen, Straßen, Gassen, mit den Sternen und der Erde. Tag und  
Nacht, ohne Atem zu holen, Freude zu nehmen wie die anderen.  
Volk, für das er gebüht mit Körper, Gehirn und Herz. Damals,  
als der Tag der Freiheit gekommen war.

Ein heiserer Pfiff zwangte sich durch Josuas vertrockneten  
Lippen. Jemandem in ihm lachte es, hämisch verächtlich.

Damals, als die Throne brachen, Ketten zerprangen, Blut der  
Empörung tägliches Leben aus Dunkelheit aufhob, um flammende  
Horizonte der Ewigkeit zu schauen, von der sich das Ziel: Mensch-  
lichkeit herrlich abhob. Da jubelte es ihm zu. Da trugen sie  
Fahnen für ihn und sangen sein Lied.

Er blähte sich nicht um, schritt normwärts: das Ziel, das Ziel!  
Normwärts, normwärts, nicht ruhen, nicht stehen bleiben. Da  
wurden weniger und stiller die machtvollen Tritte hinter ihm,  
weniger und stiller.

Fahnen klüpfen zur Erde, leiser und immer leiser tönte sein  
Lied. Er blähte zurück.

Da saßen viele, viele, die ihm gefolgt waren, schon wieder hinter  
ihrem Krug und ihrer Wurst.  
Er warf glühende Worte, Beschwörungen, Verflüchtigungen  
gegen sie, zeigte todernd auf das Ziel.

Sie hielten sich Auge und Ohr zu, duckten sich, lachten. Einer  
stand auf und grüßte

„Da in dem Krug war Wasser, jetzt ist Bier drinnen und die  
Wurst ist um so viel größer geworden. Was brauchen wir mehr,  
was verlangen wir mehr!“

von Lenin unterscheidet, der aus einer bestimmten Form der Diktatur ein allgemeingültiges Dogma macht — über Ratione und Gefühle wird nicht abgestimmt, auch die demokratische Unschuld wird nur einmal, aber auf immer verloren, und die Tatsache, daß die Diktatur historische Notwendigkeit war, wird durch keine nachträgliche prinzipielle Verteilung aus der Welt geschafft. Daß das Kind klein und verkrüppelt war und unter den Händen der Väter bald verstarb, bringt die verlorene Unschuld nicht wieder. In Wirklichkeit ist der dogmatische Streit eine Kinderrei und bedeutet den unausgeglichenen Versuch, der künftigen historischen Entwicklung das Geheiß eines Handelns vorzuschreiben, das ausschließlich von den konkreten Umständen der revolutionären Machtergreifung bestimmt wird.

Diese Ausführungen der „Freiheit“ sind ebenso unklar und widersprüchlich, wie das Verhalten der Sozialdemokratie in der Revolution klar und grundsätzlichs gewesen ist. Daß man aus einem nichtdemokratischen, halbabsolutistischen Staatswesen durch die Anwendung geordneter demokratischer Rechtsformen in die Demokratie hinüberkommen kann, das ist ein Kunststück, das zu machen sich die Sozialdemokratie nie getraut hat. In dem Augenblick aber, in dem die alte Machtordnung gefallen war, schritt die Sozialdemokratie sofort zur Verwirklichung der Demokratie, für die sie stets gekämpft hatte. Die erste politische Handlung Eberts als Reichskanzler war der Erlass eines Aufrufs, der die Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen Männer- und Frauenwahlrechts ankündigte, und von diesem Tage, d. h. vom 9. November an, haben die sozialdemokratischen Volksbeauftragten alles getan, um das Staatsgeschick so rasch wie möglich in das Fahrwasser der Demokratie zu bringen. Genau so würde die Sozialdemokratie auch bei künftigen Erschütterungen des Staats, getreu ihren Grundsätzen, handeln müssen. In der Politik kommt es doch nicht nur darauf an, was geschieht, sondern auch darauf, was man will, und Programme sind dazu da, daß man in ihnen sagt, was man will. Es ist ja möglich, daß wir eines Tages eine Minderheitsdiktatur von rechts oder links haben könnten, aber an diesem Tage würde auch der Kampf der Sozialdemokratie für die Wiederherstellung der Demokratie beginnen.

Darum ist die Ablehnung einer Minderheitsdiktatur für uns nicht „selbstverständlich, gerade deshalb aber nichtsagend“, sondern ein Ausdruck unserer Grundsätze gegenüber bolschewistischer Verirrung und Richtlinie des politischen Handelns.

## Schmutziger Kampf gegen die Schupo!

Die Polizeibeamten wehren sich.

Nach der Revolution fanden sich in den Ministerien mancherlei Kräfte an, deren politische Ehrlichkeit und Charakter nachzuprüfen bei dem Drang der Ereignisse notgedrungen unterblieb. Nach kürzerer oder längerer Zeit hat sich aber noch immer herausgestellt, wie derlei Leuten zu bewerten waren. Einer derjenigen, die ziemlich lange es verstanden, ihr wahres Gesicht zu verhehlen, war Herr v. Priesdorff, der im Ministerium des Innern als Geheimrat und sogenannter Organisator der Sipo landete. Seit ihn unser Genosse Severing dort ausschiffte, hat an seiner Stelle die Rechtspreffe immer erneute Versuche unternommen, die zur Schupo umgewandelte Staatspolizei politisch in Unordnung zu bringen. Erst neuerdings hat sich die „Tägliche Rundschau“ in diesem Bestreben wieder besonders hervorgetan. Ihr Hauptkampf gilt zurzeit dem Ministerialdirigenten Dr. Abegg. Recht deutlich wies die „Tägliche Rundschau“ darauf hin, daß „Herr Dominicus selbst allerdings in der Schuppel noch völliges Vertrauen“ genieße, wenn er der Stimmung in der Schupo einigermassen Rechnung tragen wollte, so müßte er aber „nun endlich für die Entfernung der Schädlinge dieser Organisation sorgen, damit nicht die Beamtenchaft in das linksradikale Fahrwasser übergeleitet“ werde. Der Hauptgegner wird Herr Dominicus, damit dieser keine Schwierigkeiten hat, den Wink zu verstehen, gleich noch genannt, es ist natürlich Herr Abegg.

Und bald war er ganz allein auf dem Wege zum Ziel. Heilige Fahne allein hochgehoben, allein singend heiliges Lied.  
Ein paar Menschen, Bettler und Karren, Verzückte und  
Gährende, aber Menschen fanden wieder zu ihm. Da brach es los!  
Hinter ihm peitschte Verleumdung und Haß her. Aus den Reihen  
der Zufriedenen und Selbstergebenen sprangen die besten Fang-  
hunde auf sie. Wie Hunde verreckten seine besten Freunde. Starben  
im Kerkerloch, brachten vor dem Maschinengewehr zusammen, ver-  
bluteten unter Säbelhieben.  
Nun galt es nur noch ihm allein.

Josua schaute noch einmal zum Himmel.  
Schwarzes Donnergewölbe . . .  
Es roch nach Verwesung. Kefer ausgehäuft mußten ringsum  
liegen. Häuser waren verfallen in ulerlose Finsternis.  
Und er begriff das Verste!  
Stöhnte — lachte — stöhnte —  
„Auge Gottes, Auge Gottes, du voll Haß und Rache!“  
Weit über beugte er sich.  
Als die Streifung zu dem Strakenek kam, streckten sich ihr aus  
dem Traufensock zwei Hüfe starr und abwehrend entgegen.  
Die ersten Blitze jagten quer über der Gasse Kerkerfirmament.

Der Kuppelraum des Moabiter Ausstellungsgebäudes. An dem einst hochgefeierten Schmuck der Eingangshalle des Landesausstellungsgebäudes haben die Kriegsjahre eine fregre Kritik geübt. Das große Deckengemälde von Waldemar Friedrich hat zahlreiche Bächer und Stadtlecke erhalten, die bei weiterem Fortschreiten das Gemälde zu zerstören drohen. Da eine Wiederherstellung des hohlen bombastischen Stiches von keinem geschmackvollen Menschen gemäht werden kann, so hat man sich entschlossen, die ganze Herrlichkeit samt den plastischen Dekorationen im Unterteil der Halle durch neu eingezogene Wände und Decken darmherzig zu verhallen und so an die Stelle der „repräsentativen“ Prunkhalle einen neutralen ruhigen Ausstellungsraum hinzustellen.

Neue Flugpostmarken. Für die von der Reichspostverwaltung geplanten neuen Flugpostmarken haben alle zu einem beschränkten Wettbewerb aufgeforderten Künstler Entwürfe eingefandt. — Das Preisgericht, dem — außer zwei Angehörigen des Reichspostministeriums und dem Direktor der Reichsdruckerei Helmberger — der Reichskunstwart Redlob, ferner Professor Bruno Paul in Berlin und Professor Hugo Steiner-Brag, Leipzig, angehört haben und zu dem außerdem als Vorkonjurverständiger der Oberlandesgerichtspräsident a. D. Karl Lindenberg hinzugezogen war, hat einstimmig eine Arbeit des Professors Ernst Kuffner, Düsseldorf, als die beste Lösung bezeichnet. Diese stellt in graphischer Ausführung stilisiert einen herabstößenden Vogel dar. Man hofft, den Entwurf unter Wahrung seines künstlerischen Wertes so gestalten zu können, daß er auch den technischen Bedingungen entspricht, die vom Standpunkt des Markenmassendruckes und der Sicherung gegen Nachahmung zu stellen sind.

Die „Tägliche Rundschau“ warnt in klagendem Tone vor dem Abgrund, in den die Schupo durch Herrn Abegg und seine Freunde gestürzt zu werden drohe und deutet an, daß sie genug Material habe, aus dem unzweifelhaft zu ersehen sei, wie die Stimmung in der Schupo ist.

Gegen diese planmäßige Heße, die in der Schupo vernichten soll, was republikanisch denkt, wenden sich die 10 Hauptorganisationen der preussischen Polizeibeamten in einer Erklärung, die uns eben zugeht:

„In der Abendausgabe der „Täglichen Rundschau“ vom 13. Juli 1921 ist unter „Politische Rundschau“ ein Artikel erschienen, der sich wieder in gehässiger Weise mit dem Organisator der Polizei, Herrn Ministerialdirigenten Dr. Abegg, beschäftigt. Die unterzeichneten Polizeibeamtenverbände, in denen 99 Proz. aller Polizeibeamten Preußens organisiert sind, erklären, daß die Ausführungen jenes Artikels unwahr sind, und daß Ministerialdirigent Dr. Abegg das uneingeschränkte Vertrauen der gesamten Polizeibeamtenschaft genießt, mit Ausnahme einiger unverantwortlicher Elemente, die sich durchaus nicht darin können, daß der gesamte Renaufzug der Polizei nur eine solche und nichts anderes schaffen soll. Die Polizeibeamtenverbände halten es im Interesse des Staates für äußerst verwerflich, daß durch solche Heßartikel der ruhige Aufbau der Polizei sabotiert wird.“

1. Verband der Schupo-Polizeibeamten Preußens,
2. Verband der Polizeibeamten Preußens E. W.,
3. Verband preussischer Landjägerbeamten,
4. Verband der oberen Polizeiverwaltungsbeamten Preußens,
5. Vereinigung der staatlichen höheren Polizeizeugführerbeamten Preußens, Sig Hannover,
6. Verband der Kriminalbeamten Deutschlands, Landesgruppe Preußen,
7. Verband der Polizeisekretäre Preußens,
8. Verband der mittleren Beamten der Verwaltungsbehörden im Kanzleibienst,
9. Fachverband der unteren staatlichen Polizeiverwaltungsbeamten Preußens,
10. Die blaue Fachgruppe des Vereins der Oberbeamten der Vollzugs-polizei von Groß-Berlin.“

## „Die Waffen werden gut abgeliefert.“

Aber die Sanktionen bleiben bestehen?

Paris, 22. Juli. (WTB.) Briand erklärte dem „Journal“ über den gestrigen Besuch des Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin General Rollet: General Rollet habe ihm die befriedigenden Nachrichten über den Stand der Entwaffnung in Deutschland gegeben. Der Kontrollkommission wird durch die deutschen Behörden jede gewünschte Erleichterung gegeben. Die Waffen werden gut abgeliefert, und man könne sagen, daß Deutschland keine schwere Artillerie mehr besitze.

## Die Kredithilfe für Oesterreich gescheitert.

Paris, 22. Juli. (GG.) „Chicago Tribune“ erfährt: Die Kredithilfe für Oesterreich durch den Völkerbund darf als gescheitert betrachtet werden, weil die Vereinigten Staaten und Italien ihre Ansprüche gegen Oesterreich aufrechterhalten. Befriedigt sollten diese beiden Staaten während 20 Jahre auf die Rückzahlung ihrer Schulden verzichten, wie es das Finanzkomitee des Völkerbundes verlangt hatte. In ihrer Antwort erklärte die amerikanische Regierung, es liege nur in der Macht des Kongresses, in der Frage dieser Schulden irgendeine Modifikation zu treffen. Es bestche aber geringe Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Kongress eine solche Ermächtigung erteilen werde. Denn die Annahme solcher Bedingungen könnte zu heftigen Präzedenzfällen führen.

Die amerikanische Forderung gegenüber Oesterreich beträgt 25 Millionen Dollar, der Kredit lautet auf 5 Jahre. Auch Italien will seine Ansprüche aus dem Reparationskonto Oesterreich gegenüber nicht auf 20 Jahre zurückstellen, weil Italien im Finanzkomitee des Völkerbundes nicht vertreten ist. Mit dem Fehlschlagen der Kredithilfe des Völkerbundes ist nunmehr damit zu rechnen, daß die Finanzabteilung Oesterreichs in die Reparationskommission, die in Paris ihren Sitz hat, übergehen wird.

Ein praktisches Semester für Architekten und Bauingenieure. Die Vorschläge auch für das Studium der Architekten und Bauingenieure eine praktische Arbeitszeit von halbjähriger Dauer einzuführen, haben einem jetzt ergangenen Erlass des Kultusministeriums zufolge die uneingeschränkte Zustimmung aller interessierten Stellen gefunden. Das Ministerium behält sich vor, entsprechende Bestimmungen in die demnächst herauszugehenden neuen Prüfungsordnungen aufzunehmen.

Neues vom Seeschwalbenzug. Ueber die Wanderungen der Seeschwalben sind durch systematische Vogelberingungen neue beachtenswerte Kenntnisse gewonnen worden. Wie R. Franz in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ mitteilt, sind auf Westsum, dem kleinen Berber an der Westermündung, seit etwa 10 Jahren von H. Weigold die Seeschwalben geschäftig und beringt worden. 1913 und 1914 wurden 1299 Jungvögel mit Ringen versehen, darunter 676 Brandseeschwalben, 615 Fluß- oder Küstenseeschwalben und 27 Zwergseeschwalben. Von diesen wurden gegen 50 seitdem zurückgemeldet. Da weitere Beringungen nicht zu erwarten sind, weil die älteren Vögel die Aluminiumringe inzwischen durchgeschleuert haben, lassen sich jetzt endgültige Resultate dieser Versuche mitteilen. Sind die Vögel herangewachsen, so tummeln sie sich auf dem Meer, und im August ziehen die Brandseeschwalben südwärts, zunächst in 14 tägiger Reise nach Portugal, wo einige überwintern, während andere weiter nach Afrika wandern. So wurde im Frühjahr ein einjähriger Vogel knapp 10 Monate nach der Beringung am Kap Sierra Leone in Westafrika erlegt. Im Mai fand sich sogar einer dicht bei Kapstadt im äußersten Südafrika, 4 Jahre und 11 Monate nach der Beringung, und eine einjährige Seeschwalbe wurde 10 Monate nach der Beringung zwischen Loanda und Benguela in Portugiesisch-Angola festgestellt. Die Rückwanderung beginnt meistens schon im April, jedoch es Nachzügler waren, die in den letztgenannten Fällen erlegt wurden. Etwa 1/3 der Seeschwalben suchen wieder die Heimatkolonie zum Weiten auf. Von der Flußseeschwalbe liegen Rückmeldungen aus Portugal vor und ähnlich von der Zwergseeschwalbe bis aus Südpazifik.

Amerika entsetzt sich. Trinkbarer Alkohol jeder Art im ungefähren Wert von 50 Mill. Dollar, die heute annähernd 4 Mill. Iarden Papiermark wert sind, ist allein in der „trodengelegten“ Stadt New York beschlagnahmt worden und steht auf Räubern bereit, um auf hoher See ins Meer gegossen zu werden. Ein besonderes Kuriosum sind dabei die Behälter, in denen verpackt man die gefährliche Flüssigkeit aufbewahrt hat. Sie sind von der verschiedensten Art, vom Füllfederhalter bis zu dem mit einer Höhlung versehenen Spazierstock, vom Fahrrad und Kinderwagen bis zum Luxusautomobil.

Wenn die amerikanische Alkoholpolitik in dieser Weise weiter mit, steht zu befürchten, daß am Ende der Atlantische Ozean in eine Punschbowl verwandelt wird und die Walfische an Delirium zugrunde gehen.

Studentenaustausch. Der ungarische Hochschulerverband hat ein Uebereinkommen mit dem deutschen allgemeinen Studentenaustausch getroffen über den Austausch von je 100 Studenten für einen sechsmonatigen Studienaufenthalt.

## Die bayerische Musterfestung.

Die wiederholten Mitteilungen des „Vorwärts“ über skandalöse Mißhandlungen von wehrlosen Festungsgefangenen auf Niederhörsfeld haben offenbar in Bayern eine gewaltige Verlegenheit und Erregung hervorgerufen. Seit Wochen arbeitet der Dementierapparat, und die bayerische Presse ist lebhaft bemüht, ihn hierbei möglichst wirksam zu unterstützen. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Lügen und Entstellungen der bayerischen reaktionären Presse hier zu widerlegen, da die mitgeteilten und künftighin mitzuteilenden Tatsachen eine hinreichend klare Sprache sprechen. Nur ein Satz sei aus der Nr. 321 des „Fränkischen Kurier“ seiner besonderen Heuchelei wegen zitiert:

Die gemäßigten Festungsgefangenen erkennen selbst das einwandfreie und gerechte Verhalten der Anstaltsleitung an, während sie ihre eigenen Genossen als Verräter, Spitzel, Betrüger, Narren, Maulhelden und Tollhäuser bezeichnen. Sie leiden selbst unter dem Terror der Radikalen, die sogar ein eigenes Brügelkommando aufgestellt haben; sie sind sogar, um dem Terror zu entgehen, mit Bitten um Abänderung und um gnadevolle Umwandlung der Festungshaft in Gefängnisstrafe an die Verwaltung herangetreten.

Dieser Satz verdient festgehalten zu werden. Er stellt wohl den Gipfel der Tatsachenerdrehung dar, der überhaupt erreicht werden kann. Das Schreiben eines früheren Festungsgefangenen stellt jedoch diese Lüge in einer Weise richtig, daß sie für jeden anständigen Menschen ein für alle Male aus der Welt geschafft sein dürfte. Wörtlich heißt es:

„Es ist Tatsache, daß einige Genossen um Verlegung in ein Gefängnis gebeten haben, weil ihnen ihr Leben und ihre Gesundheit lieber sind als die „custodia honesta“ (ehrenvolle Haft).“

Auch zu der lächerlichen Behauptung, die Gefangenen hätten sich in einer allen guten Sitten höhnisprechenden Weise splittet durch die Räume der Festung bewegt, nimmt das Schreiben Stellung. Hierüber heißt es:

„Selbstverständlich sind wir niemals nackt auf den Gängen herumgelaufen. Wahr ist nur, daß wir auf unserem Spazierhof seit über 15 Monaten Sonnen- und Lichtbäder nahmen. Als uns dies am 30. Mai in einem Befehl verboten wurde, folgten wir ihm sofort widerspruchslos.“

Wie stellt sich die bayerische Presse zu folgendem Fall? Am 14. Juli wurde ein Festungsgefangener namens K u i m a r i entlassen. Tags zuvor forderte er gemäß einer Verfügung des Justizministeriums Reisegeld nach Mannheim, da er völlig mittellos war. Hierfür erhielt er wegen ungehörigen Verhaltens für die letzten 24 Stunden Einzelhaft, Kost- und Lagerentziehung!

In einem Schreiben des bayerischen unabhängigen Landtagsabgeordneten H a g e m e i s t e r wird berichtet, daß er nach einem Erregten, durch den Auslöser F e t t s c h provozierten Wortwechsel in Gegenwart seiner Frau gewaltsam vom Gang in das Konferenzzimmer gestohlen wurde. Als der Gefangene eine unwillkürliche Abwehrbewegung mit dem Arm machte, griff F e t t s c h zum Revolver (und nicht zum G u m m i k n ä p p e l, wie von der bayerischen Presse behauptet wurde), wobei die Worte fielen: „Das werden wir gleich anders haben!“ Nur durch das besonnene Eingreifen eines anderen Festungsgefangenen wurde der Mann schließlich vom Gebrauch seines Schießens zurückgehalten.

Der kommunistische Abgeordnete und Festungsgefangene S a u b e r r i c h t e t an den Präsidenten des bayerischen Landtages, K ö n i g s b a u e r (Bayerische Volkspartei), eine Reihe von Eingaben, in denen er die Beschwerden der bayerischen Festungsgefangenen vorbringt. In einer der Eingaben, datiert vom 4. Juni d. J., wies er auf die besondere Verantwortung des bayerischen Landtages und der bayerischen Regierung hin. Das Ergebnis dieser bis ins einzelne substantiierten Angaben war eine formale Antwort des Staatsanwalts S c h u b e r t, in der trocken mitgeteilt wird, daß ein Nachweis für die erhobenen Behauptungen in keiner Weise erbracht werden konnte.

Nun stützt sich die bayerische Presse besonders auf die Behauptung, daß das Verhältnis der Festungsgefangenen zu dem Anstaltspersonal ungewöhnlich schlecht sei, und daß hierdurch, nicht aber durch Anweisungen von oben, Unzutunlichkeiten entstanden seien. Hierzu wird uns von völlig zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß das Verhältnis der Gefangenen zum Anstaltspersonal bis auf wenige Ausnahmen durchaus gut sei. Bis jetzt ist es dem Staatsanwalt K r a u z nur gelungen, ganz wenige Gefinnungsgefangenen und Streber zu seinen willenlosen Werkzeugen zu machen. Auch die Namen von diesen Herren stehen jederzeit zur Verfügung.

Wagt die bayerische Regierung auch jetzt noch, die von uns mitgeteilten Tatsachen abzuleugnen? Wir sind der Ansicht, daß der Worte nunmehr genug gewechselt sind und daß man endlich Taten sehen möchte, die gründlich mit allen Mißständen auf der Festung Niederhörsfeld aufräumen und dafür sorgen, daß die deutsche Justiz nicht um den letzten Rest ihres ohnehin bescheidenen Ansehens gebracht wird.

## England und die Reparationen.

London, 22. Juli. (W.B.) Im Unterhaus brachte Wedgwood den Antrag ein, das Gesetz über die Einziehung der deutschen Reparation bis auf weiteres aufzuheben, weil das Gesetz seinen Zweck verfehlt und eine Belästigung des englischen Handels darstellt. Hierzu erklärte Robert Horne, das Gesetz habe vollen Erfolg gehabt. Die eingegangenen Gelder betrugen in den ersten drei Wochen des Juli 114 000 Pfund Sterling gegen 69 500 im Juni, 22 000 im Mai und 5800 im April. Der Minister bestritt, daß das Gesetz dem Handel feindlich sei. Das Ende des Fiskaljahres sei der geeignete Zeitpunkt zur Revidierung des in Kraft befindlichen Gesetzes. Bis dahin liege für die Regierung kein Grund zu seiner Aufhebung vor. Darauf wurde die Debatte geschlossen und der Antrag Wedgwood Bennis mit 146 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

## Explosionskatastrophe in der Schweiz.

Bern, 22. Juli. (W.B.) Eine furchtbare Explosion zerstörte in Bodio, Kanton Tessin, die Nitrumwerke sowie die Carbidwerke. Die benachbarten Elektrizitätswerke wurden beschädigt. Zwanzig Tote und einhundert Verwundete wurden aus den Trümmern geborgen.

Die Griechen siegreich. Am Dienstag haben die griechischen Truppen den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Esti-Schehr besetzt. Die wichtigsten Eisenbahnwege in Anatolien sind somit in griechischer Hand. Das griechische Hauptquartier, in dem sich auch der König befindet, wurde nach Katalia verlegt.

# Groß-Berlin

## Potsdam ohne Freibäder.

Sämtliche Freibäder sind aufgehoben worden.

Ein ganz unglaubliches Heidenstück einer verbohrtten reaktionären Bureaucratie wird aus Potsdam gemeldet:

Auf Anordnung der zuständigen Behörden sind vom gestrigen Tage an sämtliche Freibäder im Amtsbezirk Potsdam geschlossen worden. Der Sattrower See, der Königswald mit seinen Ufern, der Redlicher See und der ganze Griebenhilsee waren die Freibäder für Potsdam. Hunderttausende von Ausflüglern und Sportlern fanden hier beim Baden Erholung. Auch für die Fischheide am Lustschiffhafen ist dieses Verbot ergangen. Selbst das Baden im Badeanzug ist verboten und wird sofort zur Anzeige gebracht. Gestern machte eine Landjägerpatrouille eine Razzia an diesen Stellen, und das Publikum mußte flugs in die Kleider flüchten. Potsdam, ringsum von Wasser umgeben, hat nun für seine Einwohner nur einen kleinen eisernen Kistig in der Türktroße als Schwimmbassin, in dem man für 1 Mark 45 Minuten im Wasser bleiben darf. Neben dem Schlachthof ist eine kleine Stelle zum Baden freigegeben, die aber dank der Abflüsse des Schlachthofes nicht als Erholung anzusehen ist. Eine Protestversammlung im Potsdamer Lustgarten gegen die Schließung der Freibäder ist ohne Erfolg geblieben. Jetzt will man versuchen, einen Teil des neuen Gartens mit seinen sonnigen Ufern am heiligen See für die Allgemeinheit freizubekommen. Bisher hatten nur die darfsanftigen Villenbesitzer die Erlaubnis zum Baden von der Hofverwaltung erhalten.

Mit dieser Maßnahme will man wohl der Welt den „Geist von Potsdam“ vordemonstrieren! Mögen sich die Potsdamer diesen Humbug nicht gefallen lassen. Sie dürfen in ihrem Kampf der Unterstützung aller für die Wohlfahrt und die Gesundheit des Volkes Interessierten sicher sein.

## Der harmlose fleißige Schustergeselle.

Aus einer Wohnung am Lühampplatz waren kürzlich Teppiche im Werte von 150 000 M. gestohlen worden. Den Beamten des Sonderbezirks zur Bekämpfung dieser Diebstähle war es nach längeren Ermittlungen gelungen, den Dieben auf die Spur zu kommen. Sie hatten ermittelt, daß die wertvollen Teppiche nach der Christianstraße 33 zu einem Schuhmacher K a c h e l geschafft worden waren. Gestern erschienen nun die Beamten dort pöblich, um eine Hausdurchsuchung nach den Teppichen, die in Säcken verpackt dorthin gebracht worden waren, zu halten. Sie trafen den Schuhmacher mit zwei anderen Personen in einer eifrigen Debatte an, die aber sofort verstumte. Bei einer genauen Durchsuchung wurden aber keine Teppiche mehr gefunden. Kachel und ein gewisser Müller, der ebenfalls dort war, wurden verhaftet. Die dritte Person, die, als die Beamten die Wohnung durchsuchten, eifrig damit beschäftigt war, die Stiesel zu bearbeiten, gab sich als ein Geselle des Meisters aus und wurde, da dieser es nicht bestritt, auch unbehelligt gelassen. Bei der Vernehmung auf dem Polizeipräsidium stellte es sich jedoch heraus, daß der vermeintliche Geselle in Wirklichkeit der eigentliche Dieb der Teppiche, der Arbeiter Alfred Hürtgen gewesen war, der gerade zu dem Schuhmacher gekommen war, um mit ihm über die Teppiche zu sprechen. Diese waren nämlich kurz zuvor bereits „beschlagnummt“ worden, und zwar, wie sich jetzt herausstellte, von falschen Kriminalbeamten, die im Auftrage des Hürtgen gehandelt hatten. Dieser war, als die Beamten nach Auffklärung der Sache wieder bei Kachel erschienen, natürlich auf- und davongegangen. Bis jetzt konnte er noch nicht ermittelt werden. Ebenso ist der Verbleib der Teppiche noch nicht aufgeklärt. Wer über Hürtgen oder die Teppiche irgendwelche Mitteilungen machen kann, möge sich im Zimmer 82a des Berliner Polizeipräsidiums melden. Auf die Wiederherstellung der Teppiche ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

## Der Meisterdieb von Potsdam.

Ein unglaubliches Geschick zu dem „Beruf“ eines Diebes bewies der kaum 22jährige Eisenbahnsperrnummerator Gottfried Krüger aus Potsdam, der es liebte, auf großem Fuße zu leben und infolgedessen sehr viel Geld brauchte. Um dieses Geld aufzutreiben, wurde er zum Verbrecher.

Seine erste Verbrechenart bestand darin, daß er am 26. März d. J. aus einem Zimmer der Eisenbahndirektion eine Schreibmaschine in Papier einschlug und mitnahm und für 800 M. an den Kaufmann Zillmann verkaufte. Am selben Tage ging er in den Schafferraum des Bahnhofes Wildpark und entwendete von einem Zahlreiß eine größere Menge Geldscheine. Der Eintritt wurde ihm hier ohne weiteres gestattet, da er als Sohn des Bahnhofswirts Charlottenhof und Werder allgemein bekannt war. Am Ostermontag schlich er sich in das Hofgartenhaus von Sanssouci und erbrach dort sämtliche Schranktüren mit einer Gartenschere. Er entwendete den Gartengehäusen sämtliche Gripparisse. Viele Tausende von Mark, Goldsachen und Trauringe strotzte er zu sich und verschwand damit unbemerkt. Am zweiten Feiertag schlich er sich unbemerkt in das Hofgartenhaus am Mariengarten heran und kloppte erst schüchtern an die Wohnung des Gärtners. Der Gärtner, der sich nicht sprechen lassen wollte, verhielt sich still. Plötzlich traute ein Arztschlag gegen die Tür. Als der erschreckte Gärtner aus dem Fenster heraus sah, sah er mit über den Kopf gelegten Armen davon. Am selben Tage erschien der Herr Sperrnummerator mit mehreren Berliner Kriminalbeamten zum Kaffeeschoppen vor dem Restaurant „Berichtsaube“. Durch den Anblick der Kriminalbeamten ins Vertrauen gewiegt, achtete der Wirt nicht weiter auf den jugendlichen Gast. In einem unbemerkten Augenblick verschwand er in die Privatwohnung des Wirtes und hatte einen Fensterflügel aus, um später vom Hofe aus in die Wohnung steigen zu können. Auch hier stahl er Geld, Goldsachen und einen Brillantring. Ja, er erdrosselte sich sogar, aus einem Schlips eine Nadel herauszunehmen.

Nachdem sich Kr. auf diese Art ein Sümmchen zusammengepflohen hatte, verschwand er auf das Rittergut Strechlow in Vorpommern. Hier wurde er, als er den gestohlenen Brillantring in Zahlung geben wollte, verhaftet. Auf dem Wege nach Berlin entwich er und schrieb später an den Transporteur einen Brief, in dem er sich gewissermaßen für den unbewachten Augenblick bedankte. Wegen all dieser Straftaten stand der Dieb vor der Potsdamer Strafkammer. Der als Sachverständiger geladene Sanitätsrat Dr. Heilmacher bezeichnete den Angeklagten als geistig minderwertig. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Minderwertigkeit wurde der Angeklagte unter Jubilation mildernden Umständen wegen drei einfacher, eines schweren und eines verächtlichen Diebstahls zu insgesamt 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Damit jedoch nicht genug, wird sich Krüger demnächst wegen eines Hoteldiebstahls in Bad Salsungen zu verantworten haben.

## Epidemie der Dachstuhlbrände.

Zu einer außerordentlichen Beunruhigung der Bevölkerung muß die Tatsache führen, daß sich in den letzten vier Wochen nicht weniger als 22 Dachstuhlbrände in Groß-Berlin ereignet haben, ohne daß es bisher gelungen ist, die Entstehungsurache zu ermitteln. Man hat mit einer gewissen Genugtuung festgestellt können, welchen schönen und vorbildlichen Eifer unsere Kriminalpolizei entwickeln kann, wenn es sich darum handelt, die Diebe zu ermitteln, die einen Millionär, einen Kriegsgewinnler oder sonst einen reichen Mann um ein paar Zehntausende oder Hunderttausende, um Teppiche oder Brillanten erleichtert haben. Wir zweifeln nicht daran, daß sie sich mit demselben Eifer auch dieser äußerst beunruhigenden Tatsache des Ueberhandnehmens der Dachstuhlbrände zu-

wenden wird. Nach dem Großfeuer im Erdmannshof hat sich im Hause Fruchstr. 30 bereits wieder ein mächtiger Dachstuhlbrand ereignet, dessen Ursache noch unbekannt ist. Die Feuerwehr rückte nachts um 1/2 12 Uhr an und hatte nach fünfständiger Arbeit den Brand gelöscht.

## Beratung der Neuwahlverordnung für Groß-Berlin.

Wie wir erfahren, ist der Entwurf der Verordnung für die Kommunalwahlen in Groß-Berlin im Ministerium des Innern jetzt fertiggestellt worden. Der Entwurf wird dem Preussischen Landtag zur weiteren Beratung und Beschlußfassung zugestellt werden. Da gegenwärtig jedoch Parlamentarierferien sind, wird am 25. d. M. der ständige Ausschuss des Landtages zusammentreten, um über die Verordnung zu beraten und ihr Gesetzeskraft zu verleihen. Nach Artikel 26 und 55 der Verfassung ist der ständige Ausschuss berechtigt, zur Beseitigung augenblicklicher Notstände während der Zeit, in der das Parlament nicht tagt, zusammen mit dem Staatsministerium Verordnungen Gesetzeskraft zu verleihen.

**Logenschleher, die kein Wechselgeld haben.** Im Großen Schauspielhaus, so teilt man uns mit, kostet ein Programm 1,50 M. Über die Logenschleher sollen unumstößliche Schwierigkeiten haben, um auf 2 M. herauszugeben; sie suchen und suchen in ihren Taschen und finden keine 50 Pf. Daraus folgt zweierlei: Publikum, der du das Große Schauspielhaus besuchst, bewohne dich mit 50-Pf.-Scheinen! Direktion, Sorge du dafür, daß deine Logenschleher 50-Pf.-Scheine in genügenden Mengen haben.

Sein 25jähriges Arbeitsjubiläum feiert unter Genosse, der Buchbinder Adolf R h o d e, Roterstr. 39, am 23. Juli. In diesem Loge ist er 25 Jahre bei der Firma R. Gohs, Chausseestr. 8, tätig. Wir beglückwünschen unseren Genossen zu diesem Ehrentag auf das herzlichste.

Ein großer Wohnungseinbruch wurde in der Nacht zu gestern bei Dr. phil. Julius Haunberg in der Potsdamer Straße 105 a verübt. Die Einbrecher stahlen dort Schmuckgegenstände und Kleidungsstücke im Werte von etwa 150 000 M. — Geschäftseinbrecher erbeuteten in dem Geschäft von Koniger in der Bismarckstraße 44 Hemden und Hemdenstoffe sowie sonstige Herrenartikel im Werte von 80 000 M.

Der Klavierschach in der Straßenbahn. Auf der Fahrt zwischen Friedrichshof und Johannisthal wurde eine Frau in der Straßenbahn plötzlich von Geburtswehen überfallen. Die Geburt ging schnell und glatt von statten, so daß nach etwa 15 Minuten, als das Krankenauto kam, alles vorüber war. Mutter und Kind wurden im Krankenhaus nach dem Krankenhaus Hubertus in Dichtenberg gebracht.

Sprechstunden für die Steuerpflichtigen sollen nach einem Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 20. Juli 1921 bei sämtlichen Finanzämtern Groß-Berlins werktäglich auf die Zeit von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr festgesetzt werden. Damit für die übrigen Dienststunden ein ungehindertes Arbeiten der Beamten gesichert ist, kann von den Beamten der Finanzämter mit den Steuerpflichtigen ohne besondere Ladung nur in der vorgenannten Sprechzeit mündlich verhandelt werden, während zu anderen Zeiten erscheinende Steuerpflichtige nicht auf Anhörung rechnen können. Die Finanzämter sind weiter werktäglich — außer Montags — von 1/2 9 bis 1/2 1 Uhr geöffnet.

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abteilung für Besitzsteuern, leidet mit Nachträglichen Anträgen auf Umtausch nicht verwendeter echter Steuermarken zu 25 M. kann nur nach bis Ende Juli 1921 entpfunden werden. Nach diesem Zeitpunkt findet ein Umtausch weder durch die Postbehörden noch durch die Finanzbehörden statt.

Kretz und Vormundchaft. Aus Anlaß eines Spezialfalles hat die Deputation für die Berliner städtische Armenpflege grundsätzliche Bedenken geäußert, daß städtische Irrenärzte die Vormundchaft über einmündige Geistesranke, die sich in der städtischen Anstalt wie der Irren befinden, übernehmen. Man könne nicht ohne weiteres übersehen, welche Folgen daraus entstehen. Die Genehmigung für die Übernahme solcher Vormundchaften wird daher von den städtischen Behörden nicht erteilt.

Jugenderziehung und Schulfürsorge. In der Mitgliederversammlung der 85. Abt. (Tempelhofer) wurde nach einem Vortrag des Genossen Dr. Mikowski-Bantwich folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die die Heranziehung der Jugend einer der wesentlichsten Gemeinschaftspflichten darstellt, sind die Kosten für die gesamte Ausbildung nur aus Gemeinschaftsmitteln zu bestreiten und müssen deshalb ausschließlich durch ein umgehend zu schaffendes Schulfürsorge beschafft werden.“

Neue Kartoffeln werden in Potsdam mit 55 Pf. das Pfund angeboten.

Sommerfest der 13. Abt. am Sonntag, den 24. Juli, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7. Ein gut gewähltes Programm sucht jeder Geschmacksrichtung gerecht zu werden. Von 3 Uhr ab Kollektionen. Auf vier Bahnen Preissteige. Von 4 Uhr ab in zwei Sälen Tanz.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

## Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, noch veränderlich, aber wenig bedeckt, mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen bis westlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Heute, Freitag, den 22. Juli:

85. Abt. Tempelhofer. Abends 8 Uhr treffen sich die Mitglieder der Kommunalen Kommission zur Erlebung wichtiger Ortsangelegenheiten im Lokal von Fichtel, Friedrichs-Grang-Str. 16.

### Morgen, Sonnabend, den 23. Juli:

Kreis 14. Kreuzstr.-Gr.-B.-B.-B.-B. Sonnabend, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr. Großes Sommerfest in den Räumen der „Neuen Welt“, Hakenheide. Konzert, Spezialkochen, Marionetten- und Rappier-Theater. Im Café Tanz. Die Kaffeeküche ist geöffnet. Eintritt 1,50 M. Arbeitslos Genossen und deren Angehörige haben freien Eintritt.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Rabfahrer-Berlin „Groß-Berlin“. Sonntag früh 5 Uhr Schwärzertal bei Biesenthal. Vorm. 11 Uhr Wandsp. Start: Mariannenplatz.  
Kütlung, Staffspiele! Sämtliche Vorkände von den Stützvereinen des Ostens werden hiermit zum Sonntag, den 24. d. M., vorm. 9 Uhr, nach dem Lokal Hermann Hartmann, Johannisthal, Verbrüder 3, zur 2. Wochensitzung am dem 8. Juli 1921 geladene Interessengemeinschaft freundlich eingeladen. Stadtrand des Ostens.

## Arbeiter Sport.

Der Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897, Wittl. d. Arb.-B.-B., veranstaltet am Sonnabend, den 23. Juli, abends 6 Uhr auf der Obersee, Restaurant Rappier, Niederhörsfeld, ein Schwimmfest. Schwimmwettbewerbe, Stafetten, Tauchen, Rettungsübungen und Wasserballspiele gelangen zur Ausführung. Bei dem guten und reichlichen Schiffsmaterial, welches dem Verein „Vorwärts“ zur Verfügung steht, versprechen die Vorbereitungen wirklich gute zu werden. Alle Interessierten der Arbeiter-Sportbewegung sind herzlich herzlich eingeladen. Die Kaffeeküche wird bereits um 4 Uhr geöffnet und beginnt das Konzert um 4 1/2 Uhr.

Der Schwimmverein „Vater“, Abteilung Lichtberg, Wittl. d. Arb.-B.-B., veranstaltet am Sonntag, den 24. Juli, nach 3 Uhr im Sportplatz Rummelsburg, Schwimmfest. Ein Sommerfest, bei dem dem Schwimmfest, welches von der Damenabteilung gesponsert wird, haben Damen, Männer, Jugrab, Schwimmwettbewerbe und Wasserballspiele statt. Zum Schluss werden die „Seppies“ Lichtberg und „Welle“ Berlin im Wasserballspiel gegeneinander. Eintritt 2 M. Kinder in Begleitung Erwachsener frei. (sind die Hälfte des Eintrittspreises).

Arbeiter-Wassersport-Verband. Kreis 1, Wittl. d. Arb.-B.-B. Die Ostsee der Festungsarbeiten des Kreises I treffen sich am Donnerstag, den 24. Juli, abends 7 Uhr, vor dem Volkshaus Charlottenburg, Rosenstr. 4. Leitung an der Küstgenossenschaft. Zutritt ohne Gebühren ist Pflicht.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die „Rote Fahne“ in Not.

In seiner heutigen Morgenausgabe jammert das kommunistische Jahrbuch über „Menschenspezifische Kampfmethoden“ der Menschewistenblätter „Vorwärts“ und „Freiheit“. Es gefällt den zartfühlenden und immer so überaus rücksichtsvollen Herrchen in der Stollschreiberstraße gar nicht, daß wir uns gestern Abend ein wenig mit dem Vorleben einiger ihrer „Genossen“ beschäftigten. „Statt grundsätzlicher Stellungnahme zu den Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften, zur Arbeitslosenfrage, zum Lohnabbau, Massenentlassungen, Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft“, so jammert das Kommunistenblatt, „bringen diese Organe Schwindelnachrichten über Rußland.“ Wo diese Schwindelnachrichten zu lesen waren, sagt es aber nicht, denn es weiß ganz genau, daß unser Material über die russische Hungerkatastrophe aus der Gegend von Rostau kommt und sich fast gar nicht von den Meldungen der „Roten Fahne“ unterscheidet.

Wie die „Rote Fahne“ unsere angeblichen Schwindeleien im gefrigen Abendblatt widerlegt, zeigt das folgende Zitat:

„Des weitern wird ein bulgarischer Genosse als ein berüchtigter Streikbrecher während des Eisenbahnerstreiks im Jahre 1919 und als ein Schlingel des Königs Ferdinand bezeichnet. Der „Vorwärts“ weiß natürlich ganz genau, daß in den wenigen Tagen, die uns noch von dem Wahltag trennen, eine durch einwandfreies Material belegte Entlarvung seiner Schwindeleien nicht möglich ist. Aber schon die eine Tatsache straft den „Vorwärts“ Lügen, daß auf dem Kongress eine sehr starke Delegation von bulgarischen Arbeitern war, die sicher einen Streikbrecher nicht in ihrer Mitte geduldet hätten.“

Ueber die Ausrede könnte man eigentlich mit einem herzhaften Lachen hinweggehen. Was würde die „Rote Fahne“ wohl sagen, wenn wir mitteilen würden, Adolf Hoffmann oder sonst einer der kommunistischen Führer habe silberne Koffer gestohlen, wir könnten das zwar sofort beweisen, aber wir hätten jetzt keine Zeit, die Richtigkeit nachzuprüfen. Mit Recht würde nicht nur die „Rote Fahne“, sondern die ganze Deffensfront sagen, daß wir in leichtfertiger Weise unsere Mitmenschen verunglimpfen. Nach dieser Methode aber arbeitet die „Rote Fahne“. Sie bezeichnet unsere Mitteilungen als Schwindeleien, ohne auch nur den allergeringsten Beweis für ihre Behauptung erbringen zu können.

Der Jammer darüber, daß wir einer „grundsätzlichen Stellungnahme“ ausweichen, ist vollkommen unangebracht. Wir haben es gar nicht nötig, so oft und so laut unsere grundsätzliche Stellung kundzutun wie die „Rote Fahne“. Aus dem Grunde nicht, weil unsere grundsätzlichen Erklärungen immer so klar und so eindeutig waren, daß die Arbeiter sie sofort begriffen, während sie das kommunistische Gefasel nicht verdauen und die kommunistische Schaukelpolitik nicht verstehen werden, selbst dann nicht, wenn die „Rote Fahne“ täglich viermal erscheinen würde.

Und dann! Es soll nicht möglich sein, daß sich ehemalige Streikbrecher unter Kommunisten befinden? Bieviel Mitglieder würde denn eigentlich die KPD behalten, wenn sie alle gewesenen Streikbrecher zum Teufel jagen würde? Bei den Kommunisten ist doch alles möglich, selbst daß die „Rote Fahne“ läßt wie gedruckt. Ja, es ist sogar schon vorgekommen, daß eine große Zahl von Menschen auf diese Schwindeleien hereingefallen ist. Aber wenn die Kommunisten etwa an die Möglichkeit glauben sollten, daß sie bei den bevorstehenden Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband mit solchen Schwindeleien den Sieg erringen können, dann irren sie sich. So etwas ist nämlich nicht möglich, da alle Klassenbewußten und wirklich revolutionären Arbeiter geschlossen für die Liste A eintreten.

## Der „arbeiterfeindliche“ Oberpräsident.

Unter diesem Titel teilte die „Freiheit“ in ihrer Nr. 333 mit, daß der Oberpräsident Genosse Roske im Landarbeiterstreik in Rhdin gar nicht daran denke, die Gutsbesitzer zu Verhandlungen mit dem Landarbeiterverband zu zwingen, daß er vielmehr die Einsetzung der Technischen Nothilfe zur gewaltsamen Unterbrechung des Streiks angeordnet und die Gendarmerie verstärken lassen habe. Wenn nichts Besseres vorliegt, dann ist die „Freiheit“ hier einer bewußten Irreführung zum Opfer gefallen. Die Dinge liegen in Wirklichkeit so:

Der Anweisung des Oberpräsidenten Roske an den zuständigen Regierungspräsidenten, Stabe, sofort Verhandlungen zwischen den beiden Parteien in die Wege zu leiten, hat leider nicht entsprochen werden können, weil die Arbeitgeber sich strikte ablehnend verhalten. Der Regierungspräsident muß daraufhin eine Beilegung der Streitigkeiten durch den Schlichtungsausschuß herbeizuführen suchen. In den ersten Tagen vorgekommene Ausschreitungen haben den Regierungspräsidenten veranlaßt, zur Unterstützung der wenig zahlreichen Gendarmen im Kreise eine Anzahl Beamte der Schutzpolizei dorthin zu beordern. Die Einsetzung der Technischen Nothilfe ist zwar gewünscht, vom Genossen Roske jedoch abgelehnt worden, da von einer Gefährdung lebenswichtiger Interessen der Bevölkerung zurzeit keine Rede sein kann.

Wir erwarten von dem journalistischen Anstand der „Freiheit“, daß sie ihren Lesern diesen Tatbestand mitteilt, der selbst der „Roten Fahne“ keine Veranlassung zu der Beschimpfung Roskes und der SPD. geben kann, die sich die „Freiheit“ im Anschluß an ihre erfundene Meldung gestattet.

## Worte und Taten.

Die Kommunisten fordern bei jeder Gelegenheit unter ungeheurem Phrasenschwall die Erfüllung der bekannten 10 Punkte der KPD. Wenn es sich aber um ihre praktische Verwirklichung handelt, sind sie nirgends zu finden.

So hatte der 5. Ausschuh des Reichstages eine Unterkommission eingesetzt, die Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit formulieren sollte. Bei diesen Vorschlägen war bei dem Kapitel „Allgemeine Volkswirtschaftliche Maßnahmen“ vorgesehen, daß a) bei Streitigkeiten zwischen fertigerstellenden Unternehmern und Abnehmern diese Interessenten den Arbeitern den Lohnausfall zu ersetzen haben, wenn letztere dadurch arbeitslos werden; b) daß die Regierung beauftragt wird, zu prüfen, wie durch Gesetz die Löhne und Gehälter der Abnehmer nach der mit Sicherheit zu erwartenden neuen Teuerung der Lebenshaltung eine der weiteren Teuerung entsprechende Aufbesserung erfahren können.

Diese beiden für die Arbeiterschaft zweifellos außerordentlich wichtigen Anträge wurden im 5. Ausschuh mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, weil der revolutionäre Vertreter der KPD, wieder einmal wie schon oft bei den Beratungen des 5. Ausschusses fehlte.

Die Arbeiter — vor allem die Metallarbeiter, die am Sonntag und Montag zu entscheiden haben über Vortradikalismus oder praktische Gewerkschaftsarbeit — können aus dieser Tatsache wieder erkennen, wie ernst es diesen Vortheben mit der Erfüllung der 10 Punkte des KPD. ist, die sie ja anfänglich während bekämpften, um denn plötzlich, womöglich noch während ihre schnellste Verwirklichung zu fordern, weil sie, wie sie sich herauszubeden versuchen, dadurch den Nachweis von der Unfähigkeit, Arbeiterfeindschaft und sonstigen schreckhaften Eigenschaften des „guten“ Gewerkschaftsbundes erbringen wollen. Schade, daß sie nicht sofort auf diese Ausrede verfallen sind. Sie hätten sich dann den Kampf gegen die 10 Punkte des KPD. ersparen können. Aber folgerichtig Handeln ist bei diesen sonderbaren Politikern noch nie zu finden gewesen.

## Vernunft-Erklärung.

Die Unternehmer können sich immer noch nicht an die neue Zeit gewöhnen und glauben, daß sie durch „Schwarze Listen“ das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft erwürgen können.

So befinden sich zurzeit bei der Firma Hannes, Inh. Dönniges, Berlin, Schönleinstr. 15, die Graphen- und Zylinder- im Streik. Die Unternehmer haben infolge dessen in der am 1. Juli stattgefundenen Sitzung folgendes beschlossen:

„Alle Kollegen verpflichten sich, keinen zurzeit streikenden unten genannten Gehilfen einzustellen, ebenso keine Aufträge von der Rundschau obiger Kollegen anzunehmen. Allen Kollegen, die nicht in dieser Berammlung anwesend waren, wird es zur Pflicht gemacht, diese Entschlüsse ebenfalls zu befolgen und dadurch die Solidarität zu bezeugen.“

Der Vorstand.

(Folgen die Namen der im Streik stehenden Gehilfen.)  
Wer glaubt, daß es sich hier um brutalen Terror handelt, der irrt. Mit solchen Waffen kämpfen doch nur die Arbeiter, aber auch die nicht lange, denn bald findet sich einer unserer Staatsanwälte, um die uns die ganze Welt beneidet und bestraft die Sünder nach dem Gesetz, vor dem alle Deutschen gleich sind.

In der Berammlung der Transportarbeiter der Gruppe Papier und Pappen engros wurde am Donnerstag berichtet, daß im Schlichtungsausschuß über die Forderung einer einheitlichen Wirtschaftsbeihilfe — ab 1. April — verhandelt worden sei. Die Unternehmer wollten darauf nicht eingehen, sondern nur nach der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebs eine Beihilfe leisten. Daraus konnten die Vertreter der Arbeiter ebensomenig eingehen wie auf den Vermittlungsvorschlag des Vorsitzenden, sich mit einer Wirtschaftsbeihilfe für die kommende Zeit zu begnügen und zugleich von einer Tarifbindung Abstand zu nehmen. So scheiterten diese Verhandlungen. Die Lohnkommission beschloß dann, den Tarif zum 31. Juli zu kündigen und auf die bestehenden Löhne eine Erhöhung von 30 Prozent zu fordern. Kündigung und Forderung sind von der Kommission bereits den Arbeitgeberorganisationen eingereicht worden. Eine Antwort liegt noch nicht vor. Nach lebhafter Diskussion genehmigte die Berammlung einstimmig die Tarifkündigung. Durch einen zweiten einstimmigen Beschluß gab die Berammlung ihrem Willen Ausdruck, daß bei den Verhandlungen auf die Erzielung eines Einheitslohnes hinzuwirken sei. Ein an die Bezirksverwaltung gelangter und von dieser den Branchen zur Beurteilung überwiefer Antrag, durch eine Sammlung Mittel für eine Sonderunterstützung der arbeitslosen Mitglieder des Bezirks Berlin des Transportarbeiterverbandes zu beschaffen, wurde angenommen.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den am 21. und 28. August stattfindenden Wahlen zum einheitlichen Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Das Nationale Gewerkschaftsamt Groß-Berlin (Nationalverband Deutscher Gewerkschaften) stellt zu den Wahlen zum Gewerbegericht eine nationale Arbeiterbewegung auf. Genosse Flemming ging auf die Wünschenswerten dieser nationalen Verbände ein, die der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung bei jeder passenden Gelegenheit Knüppel zwischen die Beine werfen und ermahnte die zahlreich anwesenden Delegierten, dahin zu wirken, daß am Tage der Wahl eine wuchtige Stimmenzahl für uns aus den Wählurnen herauszukommen sei. Ebenso sei unser Verhalten einzustellen bei den Kaufmannsgerichtswahlen, wo die nationalen Handlungsgehilfenverbände auf den Plan treten werden. — Eine längere, teilweise erregte Debatte zeigten die bekannten Vorgänge der Arbeitslosen im Berliner Gewerkschaftshaus Flemming gab an der Hand von Schilderungen in der letzten Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission den Tatbestand bekannt und knüpfte daran die Mahnung, daß man die Lügen, daß Gewerkschaftsbeamte den Arbeitslosen mit Eisenstößen und sonstigen Schloginstrumenten entgegengetreten seien, ganz energisch zurückweisen müsse. Die Mitteilung des Genossen Storch, daß der Ausschuh der Charlottenburger Gewerkschaftskommission die ausgewiesenen Lazarettinsassen im Charlottenburger Schloßlazarett im ausreichenden Maße mit Verbandsmaterial und ärztlicher Hilfe versehen habe, fand allseitige Anerkennung.

Berichte für den rebalt. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Angewandte: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Dönhofsstr. 3.

**Bezirksverb. Berlin SPD**  
21. Wählung.  
Am Sonntag, den 19. d. Mos. verkehrt pünktlich unter Besatz  
**Ernst Sachs**  
im 45. Lebensjahre.  
Die Einbürgerung findet am Dienstag, den 26. Juli, nachmittags um 5 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstr. statt. Die Genossen treffen sich um 4 1/2 Uhr vor dem Krematorium. 241/1

**Gardinen!**  
**Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in Resten**  
Stores, Bettdecken, Madras- und Künstler-Gardinen  
Spezial-Gardinenwerkst.  
Neukölln, Bergstr. 67  
am Ringbahnhof

**Möbel**  
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei  
**Neugebauer**  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128/1, E-Schillerstr. Kein Laden

**KORBMEBEL**  
für Gärten, Balkone, Wohnzimmer in moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbsessel von M. 48 an. Große Auswahl. Besichtigung erbeten.  
**Heinrich Kaese**  
Korb- und Rohrmöbelfabrik  
Neukölln, Berliner Str. 89.  
Quergeb. part. (Kein Laden.)

**Nutzeisen**  
Stabstahl, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzan usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben  
**Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln**  
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170  
**COHN & BORCHARDT**  
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 47/48  
Telegr.-Adresse „Ercobor“. Tel. Lichtenbg. 646/647

**Ruhebetten**  
**200 Mk.**  
gute Arbeit, kein Vollerbes.  
**Girndt, Neukölln,**  
Wagengrubenstraße 2  
Tel.: Neukölln 1366

**Arbeitskleidung**  
**Hosen**  
von 15.— bis 225.— M  
Hemden, Unterhosen, Socken  
**Berufskleidung**  
Gute Ware! Billigste Preise!  
**Gerh. Kohnen**  
Neukölln, Hermannstr. 76/77

**Einmachehafen**  
1/2 Ltr. 50 Pf. 1/4 Ltr. 85 Pf. 1 Ltr. 1.45 1 1/2 Ltr. 1.85 2 Ltr. 2.25  
**Einkochgläser**  
Original „Monopol“ mit Ring  
1/4 Ltr. 2.50 1/2 Ltr. 3.25 3/4 Ltr. 3.50 1 Ltr. 3.95  
**UNION-BAZAR**  
Wilmersdorfer Straße 54

**Wanzen und deren Brut**  
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicodan.  
Erlaubt verbüßend, Kinder, anzuw. Dankschr. v. überall Beste Zeit zur Brutverichtung. Doppelpackung 7 Mk. Erhältlich bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei von  
**Hermann A. Groesel** Berlin 313  
Königsgrätzer Str. 49

**Bettwäsche**  
Deckbett 62 75, Kissen 16—, Damenhemd 24—, Handtücher, Männerhemden, Schürzen billig. Insektenschutzmittel, vergütet 6 Proz.  
**Eckebrecht** Hasenheide 93

**Dr. med. Meyenberg**  
G. m. b. H., a. d. Potsd. Br. Potsdamer Straße 27 b.  
Neuartige Behandl. aller Geschlechtsleiden und Frauenleiden nach H. D.-R.-Patentes des. in veralteten Fällen, Verengung, Fäden i. Urin, schmerzlos u. bei gewohnter Lebensführung. Blutuntersuchung, Salvarsan. Das Buch: Sichere Heilung der Syphilis 10 Mark. Unterst. Behandlung der Frau 2 Mark. Prospekt kostenlos.  
Damenzimmer. 11—1, 3—7, Sonnt. 11—1 Uhr. 161/2

**Korsette**  
aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt  
**Korsett-Fabrik Richard Necke**  
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treseow-Allee 83  
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 86  
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23  
Ecke Alte Jakobstraße 124/2r

**Korpulenz?**  
Erkundigen Sie sich über die Erfolge von  
**Dr. Hoffbauers** (ges.)  
**Entfettungs-Tabletten**  
Keine Schilddrüse Kein Abführmittel  
Ausführl. Lit. gratis durch  
**Elefant-Apotheke, Berlin SW 213**  
Leipziger Str. 74 (Dönhofsstr.)  
Amr. Ztr. 7192

**Neuköllner Möbel Vertrieb**  
Ludwig Roggner  
Keller-Str. 80, Ecke Anhalterbhf. Fernruf NEUKÖLLN 8000  
**Spec. Schlafzimmern Küchen**  
Besuchen Sie meine Qualitäten u. Preise

**Korbmöbel**  
kaufen Sie am weitestgehenden direkt beim Hersteller  
**A. Sedau**  
Werkstätten für neue Korbmöbel  
Königsgrätzer Str. 17/19  
Ausstellung und Verkauf nur  
Neukölln, Anhalterbhf. 80.

**NEVEN & CO.**  
Spezialhaus für  
**Holz-Aufwaschtische Marmor-Waschtische**  
**Bade-Einrichtungen Sanitäre Steingutwaren**  
Berlin C 19 Untergrundbahnhof  
Wallstr. 25 Spittelmarkt-Inselbrücke